

# Der sächsische Erzähler,

Bezirksanzeiger für Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.

Amtsblatt der Agl. Amtshauptmannschaft, der Agl. Schulinspektion u. des Agl. Hauptsteueramtes zu Banzen, sowie des Agl. Amtsgerichts und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich drei Mal, **Dienstag, Donnerstag und Sonnabend**, und kostet einschließlich der Sonnabends erscheinenden „**Wöchentlichen Beilage**“ vierteljährlich 1 Mark 50 Pf. Einzelne Nummer 10 Pf.

Bestellungen werden bei allen Postanstalten des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend bei unseren Zeitungsboten, sowie in der Expedition dieses Blattes angenommen. **Neunundvierzigster Jahrgang.**

Insertate, welche in diesem Blatte die weiteste Verbreitung finden, werden bis Montag, Mittwoch und Freitag früh 9 Uhr angenommen und kostet die dreispaltige Corpusspalte 10 Pf., unter „Eingeladnt“ 20 Pf. Geringster Inseratenbetrag 25 Pf.

## Konkursverfahren.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Gerbereibesizers **Johann Gotthelf Berthold** in Oberneufirch (Bauz. Seitz) ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlussverzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen und zur Beschlussfassung der Gläubiger über die nicht verwertbaren Vermögensstücke der Schlusstermin auf **Mittwoch, den 8. Januar 1896, Vormittags 10 Uhr,**

vor dem königlichen Amtsgerichte hietelbst bestimmt.  
Bischofswerda, am 13. Dezember 1895.

Aktuar **Claus**

Gerichtsschreiber des königlichen Amtsgerichts.

## Tages-Gedenblätter

aus dem deutsch-französischen Kriege 1870/71. (Nachdruck verboten.)

17. Dezember.

Von dem großen deutschen Hauptquartiere in Versailles ergeben an die 1. und verstärkte 2. Armee Befehle, wonach erstere bei Beauvois, die 2. Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin bei Chartres und die 2. Armee bei Orleans die Hauptkräfte versammeln und den Truppen volle Ruhe gewähren, jedoch zu kräftigem Angriff übergehen sollten, wenn der Feind zu neuen Unternehmungen vorgehen sollte. Letzteres fand bereits statt seitens der französischen Nordarmee gegen die Somme in der Richtung auf Amiens. Sie nahm Aufstellung an der Hallue.

Die 2. deutsche Armee und die Armee-Abtheilung des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin — letztere tritt nun wieder unter den direkten Befehl des großen Hauptquartiers — warten mit den Hauptkräften bei Orleans und Chartres das Vorgehen des Feindes ab.

Bei der nach leichtem Gefechte erfolgenden Besetzung von Equilly wurden 230 Gefangene gemacht. — Bei Droue bestanden die von Chartres aus vorgehenden deutschen Truppen ein siegreiches Gefecht gegen 6 Bataillone. Die Franzosen verloren über 100 Tote, mehrere Proviantwagen und einen Viehtransport, die Deutschen 1 Offizier und 35 Mann meist leicht verwundet.

18. Dezember.

König Wilhelm von Preußen empfängt in Versailles die Deputation des Reichstags des norddeutschen Bundes, welche eine Adresse überreicht, und erklärt sich der König im Anschluß an deren Inhalt bereit, der an ihn ergangenen Aufforderung Folge zu leisten und die deutsche Kaiserwürde wieder aufzurichten. — In Le Vert galant, dem Hauptquartier des Prinzen Georg von Sachsen, Kommandirenden Generals des königl. sächs. (XII.) Armee-corps, findet eine Konferenz der leitenden Artillerie- und Ingenieur-offiziere statt behufs Feststellung des Angriffsplanes auf den Mont Avron, dessen vorgeschobene Erdwerke ein festes Ausfallthor gegen die Stellungen der sächsischen Truppen bildeten.

Gefechte bei Vedmes, Nuits und Langres zwischen sächsischen Truppen des Generals v. Werder, der in dieser Zeit den Garibaldianern tüchtig zu Leibe geht, aber in die Stellung Dijon-Besoul zurückzieht. Nuits, ein Städtchen von etwa 4000 Einwohnern, fünf starke Stunden von Dijon an der Straße nach Chalons für Saone und am Fuße eines die Stadt völlig beherrschenden 300 Fuß hohen Berges, wurde durch 15,000 Franzosen und 16 Geschütze vertheidigt aber nach hartnäckigem Kampfe von der 1. und 2. Brigade unter General v. Sklimmer gestürmt. Die Franzosen fielen mit großer Zähigkeit und ihre Artillerie schoß mit bis dahin nicht bekannter Präzision.

## Politische Weltschau.

Der Kaiser weilte am Sonntag in Kiel, wo er der Vereidigung der Marine-Rekruten bewohnte. Am anderen Tage traf er auf der Rückreise nach Berlin, resp. Potsdam Vormittags in Altona ein, um die dortige Werft von Blohm und Voß zu besichtigen, auf welcher zur Zeit das Panzerschiff „König Wilhelm“ einem Umbau unterzogen wird.

Die Kaiserin ertheilte am Freitag Nachmittag gegen 6 Uhr dem neuen Minister des Innern v. d. Recke und hierauf dem Reichstagspräsidium eine Audienz im Berliner Residenzschloße.

Auf die an ihren beiden letzten Tagen recht bewegten Generaldebatte über den Etat folgte im Reichstage am Freitag und Sonnabend die erstmalige Lesung der Vorlage, betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes, nach. Dieser gesetzgeberische Stoff

sollte bekanntlich den Reichstag bereits in der vorigen Session beschäftigen, aber der betreffende Entwurf gelangte nicht einmal zur ersten Lesung. Inzwischen hat derselbe verschiedene Abänderungen erfahren, die ebenso viele Verbesserungen bedeuten, (s. Beilage), so daß die parlamentarischen Aussichten der umgearbeiteten Vorlage über den unlauteren Wettbewerb hiermit zweifellos recht günstige geworden sind, wie dies auch bereits ihre allgemeine Berathung zeigte. So sprachen sich in der Freitagssitzung fast sämtliche Redner wohlwollend über die Grundtendenz des Entwurfes aus, nachdem er von Staatssekretär Dr. von Bötticher begründet und kurz erläutert worden war. Doch erhoben sich gegen Einzelheiten der Vorlage von verschiedenen Seiten her Bedenken, sie galten namentlich dem § 9, der von der Bestrafung des Verrathes von Geschäftsgeheimnissen handelt. Im Speziellen wurde Ziffer 2 des genannten Paragraphen, welche den vorzeitigen Bruch einer für einen bestimmten Zeitraum zugesagten Verschwiegenheit unter Strafe stellen will, bemängelt. Fast sämtliche Redner aus dem Hause stimmten darin überein, daß eine solche Bestimmung eine ungerechtfertigte Härte gegenüber den Geschäftsangestellten bedeute, was Staatssekretär Dr. von Bötticher allerdings nicht zugeben wollte. Im Uebrigen verlief die Freitagssitzung, an welcher sich außer dem genannten Regierungsvertreter und dem Geheimen Regierungsrath Haus die Abgeordneten Wasser-mann (nat.-lib.), Koerner (Centr.), v. Charlinsky (Pol.), Singer (Sozialdem.), Schmidt-Bingen (freij. Volksp.), v. Langen (kons.) und Meyer-halle (freij. Vereinig.) beteiligten, außerordentlich ruhig und ohne ein bemerkenswertheres Moment zu zeitigen. In der Sonnabendsitzung wurde dann die Vorlage über die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes an eine besondere Commission verwiesen. — Die seit dem 21. Novbr. in Berlin tagende Konferenz zur Revision des Handelsgesetzbuches steht vor dem Ende ihrer Thätigkeit; am Montag oder Dienstag werden diese Beratungen voraussichtlich zum Abschluß gelangen. Ob die Beschlüsse der gedachten Konferenz auch den Reichstag noch in der laufenden Session in irgendwelcher Form beschäftigen werden, muß vorläufig dahingestellt bleiben.

Im Lager der Centrumspartei wirbelt die Angelegenheit des für Pleß-Rybnitz neugewählten Reichstagsabgeordneten, des Polen Radwanski, einigermaßen Staub auf! Herr Radwanski ist von der Reichstagsfraktion des Centrums in aller Form als Mitglied aufgenommen worden, hiergegen wird aber jetzt von den katholischen Männer-Vereinen Oberschlesiens entschiedene Verwahrung eingelegt, weil sie den Polen Radwanski nicht als einen entsprechenden Vertreter der deutschen Bevölkerung Oberschlesiens betrachten. Ja, die Herren Graf Ballesrem und Dr. Borck, welche an der Spitze des schlesischen Provinzialwahlkomitees der Centrumspartei stehen, drohen sogar mit Einstellung der Thätigkeit des genannten Comittees für die Centrumswahlorganisation, falls die offizielle Parteileitung die Aufnahme Radwanskis in die Centrumstraktion nicht wieder rückgängig mache. Hierzu scheint aber

die Parteileitung nicht geneigt zu sein, man kann demnach der weiteren Entwicklung dieser eigenthümlichen Crisis innerhalb des Centrums mit Interesse entgegensehen.

Im 15. württembergischen Reichstagswahlkreise (Laupheim-Blaubeuren-Münzingen) hat am Freitag eine Ersatzwahl stattgefunden, welche infolge der Amtsbeförderung des seitherigen Mandatsinhabers, des namentlich als Sozialpolitikers bekannten Centrumsabgeordneten Gröber, nothwendig geworden war. Nach den vorläufigen Ergebnissen dieser Ersatzwahl ist hierbei Herr Gröber mit erheblicher Mehrheit wiedergewählt worden.

Die Frage der Neubesezung des türkischen Botschafterpostens in Berlin hat zu einem diplomatischen Konflikt zwischen der deutschen Regierung und der Pforte geführt. Der Sultan hatte zunächst Turhan Pascha zum Nachfolger Tewfik Paschas auf den Berliner Botschafterposten bestimmt und hiervon üblicher Weise die deutsche Regierung verständigt, die auch sofort zustimmend antwortete. Inzwischen ist jedoch die Ernennung Turhan Paschas zum türkischen Botschafter in London erfolgt und nun soll Zia Pascha, der türkische Botschafter in Paris, Botschafter am Berliner Hofe werden. Die deutsche Regierung hat aber aus prinzipiellen Gründen Zia Pascha abgelehnt und hält daran fest, daß es bei der Ernennung Turhan Paschas als Botschafters für Berlin verbleibe. Die Pforte wird nun doch wohl letzteren Diplomaten nach Berlin senden müssen, wenn sie die deutsche Regierung nicht geradezu vor den Kopf stoßen will.

Der Panzer „Baden“ ist außer Dienst gestellt und zur gründlichen Reparatur auf die Germania werft nach Kiel geschleppt worden.

In der ganzen Schweiz macht die Verhaftung des Züricher Polizeihauptmanns Fischer ungeheures Aufsehen. Die Maßregel ist erfolgt, weil Fischer der widerrechtlichen Einsperrung einer Person beschuldigt wird. Auch in Deutschland dürfte dieser Vorgang interessieren, Herr Fischer machte viel von sich reden, als er im Januar 1888 die Ergebnisse der Untersuchung über das Thun und Treiben der Polizeispiegel Schröder und Haupt den deutschen Sozialistenführern Bebel und Singer übermittelte, die dann das Material im Reichstage verwerteten. Die deutsche Gesandtschaft in Bern beschwerte sich damals über das Verhalten Fischers beim schweizerischen Bundesrathe, der jedoch in der Sache nichts thun konnte, weil Fischer nur der Züricher Cantonsregierung verantwortlich ist. — Der Ständerath genehmigte die Vorlage über die Errichtung einer rein staatlichen Bundesbank mit 24 gegen 17 Stimmen unter unerheblicher Abänderung der Fassung des Nationalraths.

Das österreichische Abgeordnetenhause beendete am Freitag die Generaldebatte über den Etat nach fünfjähriger Dauer und beschloß Eingehen in die Spezialdiscussion. Auch der letzte Tag der Generaldebatte zeitigte noch recht interessante Momente, wie die Betrachtungen des Abgeordneten Grafen Burmann über Entstehung und Sturz des Coalitionsministeriums,